Deutsches Studentenwerk



Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

Welche sozialrechtlichen Ansprüche haben Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten aus Staaten der EU, des EWR und der Schweiz?

Häufig gestellte Fragen – Deutsch/Englisch

beeinträchtigt

le Sklerose Chroinstein kran kepilepsie Depression Dia betes Beeinträchtigung Le gasthenie Muskeldystrop hie Stottern Allergie Asthma Autismus Tumorerkrankung Gehörlos Angststörun

GEFÖRDERT VOM



Zur Autorin

Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

- von 1997 bis 2017 Professur für Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialrecht für die Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein
- von 1983 bis 1997 Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Migrationsrecht
- Forschungsprojekte im Bereich des Antidiskriminierungs- und des nationalen und europäischen Migrationssozialrechts
- Publikationen, insbesondere Handreichungen für die Praxis, im Bereich des Migrations- und Sozialrechts

Herausgeber

Deutsches Studentenwerk (DSW) Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) Monbijouplatz 11 10178 Berlin

Tel: 030/297727-60

E-Mail: studium-behinderung@studentenwerke.de

Gefördert vom

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Förderkennzeichen 513200

Umschlaggestaltung

Doppelpunkt Kommunikationsdesign, Berlin

Die Inhalte basieren auf der Handreichung "Internationale Studierende und Studienbewerber*innen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten: aufenthaltsrechtliche Bedingungen und Sozialleistungsansprüche" der Autorin. Die Inhalte sind sorgfältig recherchiert. Trotzdem übernehmen die Autorin und das Deutsche Studentenwerk keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Gesetzliche Bestimmungen und Rechtsauffassungen können sich ändern. Rückmeldungen und Anregungen nimmt die Autorin Frau Prof. Frings oder die Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung gern entgegen unter: studium-behinderung@studentenwerke.de.

Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

Welche sozialrechtlichen Ansprüche haben Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten aus Staaten der EU, des EWR und der Schweiz?

Häufig gestellte Fragen – Stand Herbst 2018

Which social security rights claims do students with disabilities and chronic illnesses have who come from EU States, the EEA and Switzerland?

Frequently asked questions – As of autumn 2018

Inhalt

Vorb	emerkung7
Aufe	nthaltsrechtliche Fragen8
•	Welche Anforderungen müssen für ein Studium in Deutschland erfüllt sein? 8
•	Gibt es eine zeitliche Begrenzung für den Aufenthalt zu Studienzwecken?
•	Kann ich eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung machen, wenn die Anforderungen des
	Studiums zu hoch sind oder das Studium mir nicht gefällt?
•	Was passiert, wenn sich meine Krankheit verschlimmert und ich mein Studium aufgeben muss?
•	Gibt es nach der erfolgreichen Beendigung des Studiums Einschränkungen bei der Aufnahme
	einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit?
•	Kann ich Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile in Deutschland in
	Anspruch nehmen?9
Bera	tung9
•	Wo kann ich mich über Leistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile beraten
	lassen?9
Kran	kenversicherung, Gesundheits- und Pflegeleistungen10
•	Welche Möglichkeiten der Krankenversicherung bestehen für mich in Deutschland? 10
•	Welche Leistungen kann ich erhalten, wenn ich in der gesetzlichen studentischen
	Krankenversicherung versichert bin?
•	Auf welche Gesundheitsleistungen habe ich sonst noch Anspruch? 12
•	Auf welche Pflegeleistungen habe ich Anspruch?13
Teilh	abeleistungen für Studierende mit Behinderung14
•	Welche Unterstützungsleistungen für Studierende mit Behinderungen erbringen die
	Hochschulen?14
•	Welche staatlichen Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile kann ich
	während und nach dem Studium in Anspruch nehmen? 14
Siche	erung des Lebensunterhalts16
•	Gibt es Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Studierende mit einer
	Behinderung aus EU, EWR und der Schweiz?16
•	Wann bestehen Ansprüche nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)? 16
•	In welchen Situationen kann ich Leistungen des Jobcenters in Anspruch nehmen? 17
•	Gibt es einen Anspruch auf Wohngeld?18
•	Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der Gesetzlichen Krankenversicherung? 18
•	Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder nach
	dem Opferentschädigungsgesetz?18
•	Kann ich Blindengeld erhalten?18
•	Kann ich existenzsichernde Hilfen erhalten, wenn eine unvorhergesehene, schwerwiegende
	Notlage auftritt?

Ane	rkannte Schwerbehinderung	19
•	Kann ich einen Schwerbehindertenausweis beantragen?	19
•	Können internationale Studierende mit einer Schwerbehinderung Nachteilsausgleiche im	
	Steuerrecht, Arbeitsrecht und bei öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen?	19
Co	ontents	
Fore	word	22
Que	stions concerning the right of residence	23
•	What is required to study in Germany?	23
•	Are time limits imposed on residence for study purposes?	23
•	Can I take up a job or do vocational training if study demands are too high or I do not like to study programme?	
•	What happens if my illness worsens and I have to give up studying?	23
•	Are there restrictions with regard to taking up employment or pursuing self-employment o graduating from higher education?	
•	Can I claim social security benefits in Germany to compensate for disadvantages arising fro	
	my disability?	
Δdvi	ice	. 24
•	Where can I obtain advice on compensation benefits for disadvantages arising from disability?	
Heal	th insurance, health and nursing care benefits	
•	Which health insurance options do I have in Germany?	
•	Which benefits am I entitled to if I am insured by mandatory health insurance?	
•	Which other healthcare benefits do I qualify for?	
•	Which nursing care benefits do I qualify for?	28
Inclu	usion and participation assistance aids for students with disabilities	29
•	How do higher education institutions support students with disabilities?	29
•	Which social security benefits to compensate for disadvantages arising from a disability car	١l
	claim during and after my studies?	29
Ben	efits for maintenance	31
•	Are benefits provided to secure maintenance for students with disabilities from the EU, the	
	EEA and Switzerland?	
•	When can I claim benefits in accordance with the German Federal Training Assistance Act	
	(BAföG)?	31
•	In which situations am I entitled to "Jobcenter" services?	31
•	Can I claim housing benefits?	
•	Can I obtain maintenance benefits via mandatory health insurance?	
•	Are maintenance benefits provided on the basis of mandatory accident insurance or in	
	accordance with the law on victim compensation?	33

•	Can I claim disability benefits for the blind?	33
•	Do I qualify for maintenance benefits if I run into unexpected, severe hardship?	33
Reco	ognised severe disablement	34
•	Can I apply for a disability pass?	34
•	Can international students with a severe disability claim compensation for disadvantag	es in tax
	law, labour law and regarding social security benefits?	34

Vorbemerkung

Die Angehörigen der EU-Staaten können innerhalb der EU frei reisen und sich – unter bestimmten Voraussetzungen – in jedem Staat der EU niederlassen. Geregelt ist dies in der Unionsbürgerrichtlinie 2004/38/EG und im Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU). Gleichgestellt sind die Angehörigen der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR); das sind Island, Lichtenstein und Norwegen (§ 12 FreizügG/EU). Auch Schweizer Staatsangehörige werden durch ein Abkommen einbezogen, müssen aber eine Aufenthaltserlaubnis-Schweiz (rein deklaratorisch) beantragen (§ 28 AufenthV).

Wenn im Folgenden von Unionsbürger*innen gesprochen wird, so werden die Angehörigen des EWR und der Schweiz eingeschlossen, weil auf sie das Freizügigkeitsrecht und die Sozialrechtskoordinierung der EU angewendet werden.

Studierende Unionsbürger*innen mit körperlichen, Sinnes- oder seelischen Beeinträchtigungen sind grundsätzlich gleichberechtigt gegenüber nichtbehinderten Unionsbürger*innen beim Zugang zum Studium und dem Recht zum Aufenthalt zum Zweck des Studiums. Unionsbürger*innen sind aber hinsichtlich der Ausbildungsförderung und anderer existenzsichernder Leistungen nicht in gleicher Weise anspruchsberechtigt wie Deutsche. Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten müssen nicht nur die Finanzierung des laufenden Lebensunterhalts und der Ausbildung sicherstellen, sondern darüber hinaus ggf. die Kostenübernahme für Pflegeleistungen, für die medizinische Versorgung, für eine barrierefreie Wohnung, für technische Hilfsmittel und persönliche Assistenzen organisieren. Anders als in manchen anderen Ländern ist das Angebot an Hilfsmitteln und Unterstützungen für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten an deutschen Hochschulen in der Regel sehr begrenzt.

Stattdessen sind in Deutschland unterschiedliche Sozialleistungsträger für die Finanzierung behinderungsbedingter Bedarfe zuständig. Unionsbürger*innen haben zwar einen grundsätzlichen Anspruch auf Gleichbehandlung, der jedoch teilweise recht unerwarteten Einschränkungen unterliegt.

Vor der Aufnahme eines Studiums in Deutschland sollten sich Studieninteressierte mit Behinderungen und chronischen Krankheiten aus der EU/EWR/Schweiz deshalb genau darüber informieren, welche Leistungen sie in Deutschland unter welchen Voraussetzungen erhalten können und für welche Bedarfe sie selbst Vorsorge treffen müssen.

Als Behinderung gilt eine langfristige (mehr als sechs Monate andauernde) körperliche, seelische, intellektuelle oder Sinnesbeeinträchtigung, welche in Wechselwirkung mit Umweltbarrieren die Betroffenen an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft hindert (Art. 1 BRK, § 2 SGB IX). Dieses Verständnis von Behinderung schließt Menschen mit chronischen Krankheiten ein.

Die vorliegende Kurzübersicht zu häufig gestellten Fragen bezieht sich nur auf Unionsbürger*innen und Studierende aus Island, Norwegen, Lichtenstein und der Schweiz.

Die Rechte von Studierenden aus Drittstaaten werden in einer gesonderten Kurzübersicht dargestellt.

Aufenthaltsrechtliche Fragen

Welche Anforderungen müssen für ein Studium in Deutschland erfüllt sein?

Unionsbürger*innen können ohne besondere Genehmigung zum Zweck des Studiums nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten. Sie müssen während des Studiums aber ihren <u>Lebensunterhalt sichern</u> und über einen <u>ausreichenden Krankenversicherungsschutz</u> verfügen. Die Einkommenssituation muss nur dargelegt werden, sie wird aber nicht überprüft (§ 5a Abs. 1 Satz 2 FreizügG/EU), solange keine Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beantragt werden.

Unabhängig von der Sicherung des Lebensunterhalts sind studierende Unionsbürger*innen unter folgenden Voraussetzungen freizügigkeitsberechtigt:

- als Kinder von Erwerbstätigen bis zum 21. Lebensjahr und darüber hinaus, wenn sie vor dem 21. Lebensjahr mit mindestens einem Elternteil in Deutschland gelebt haben oder Unterhalt von ihren Eltern erhalten;
- als Ehegatten von Erwerbstätigen;
- als erwerbstätige Studierende, die eine Nebentätigkeit (mindestens ca. fünf Wochenstunden) ausüben;
- als Ehegatten von Deutschen.

Gibt es eine zeitliche Begrenzung für den Aufenthalt zu Studienzwecken?

Nein, solange der Lebensunterhalt gesichert ist und keine Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums beansprucht werden.

Kann ich eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung machen, wenn die Anforderungen des Studiums zu hoch sind oder das Studium mir nicht gefällt?

Unionsbürger*innen können jederzeit eine Ausbildung in Deutschland beginnen. Sie gelten dann als Arbeitnehmer*innen und haben einen Anspruch auf alle Sozialleistungen in gleicher Weise wie deutsche Staatsangehörige (Art. 7 Arbeitnehmerverordnung 492/2011). Dasselbe gilt auch, wenn sie eine Beschäftigung aufnehmen, auch wenn diese nicht sozialversicherungspflichtig ist (Mini-Job) und durch diese Tätigkeit der Lebensunterhalt nicht gesichert ist. Auch selbständig Erwerbstätige sind Arbeitnehmer*innen weitgehend gleichgestellt. Wichtig ist hier allerdings, dass nicht nur ein Gewerbe oder ein freier Beruf angemeldet wird, sondern auch nachgewiesen werden kann, dass eine Tätigkeit am Markt entwickelt wird, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist.

Was passiert, wenn sich meine Krankheit verschlimmert und ich mein Studium aufgeben muss?

Das Freizügigkeitsrecht kann auch verloren gehen, wenn das Studium unverschuldet durch eine Krankheit oder Behinderung nicht mehr betrieben werden kann und wenn der Lebensunterhalt nicht mehr gesichert ist. Erst wenn ein <u>Daueraufenthaltsrecht</u> besteht (in der Regel <u>nach fünf Jahren Aufenthalt</u>, § 5a AufenthG), entsteht ein Aufenthaltsrecht unabhängig vom Studium oder der Sicherung des Lebensunterhalts mit einer vollständigen sozialrechtlichen Gleichstellung mit deutschen Staatsangehörigen.

Gibt es nach der erfolgreichen Beendigung des Studiums Einschränkungen bei der Aufnahme einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit?

Nein.

Kann ich Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile in Deutschland in Anspruch nehmen?

Nur mit Einschränkungen. Die Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile werden in Deutschland von verschiedenen Leistungsträgern (Reha-Trägern) erbracht. Von besonderer Relevanz für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sind die Leistungen der gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und der Eingliederungshilfe. Wer diese Leistungen erhalten kann, wird unter den folgenden Fragen näher erklärt.

Beratung

Wo kann ich mich über Leistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile beraten lassen?

Vor der Einreise zum Zweck des Studiums sollten ausländische Studieninteressierte mit Behinderungen Kontakt zu den Sozialberatungsstellen der örtlichen Studenten- und Studierendenwerke und den Beratungsstellen für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten der Hochschulen aufnehmen. Sie unterstützen die Studierenden mit wichtigen Informationen und übernehmen Lotsenfunktion (Recherche über: https://www.studentenwerke.de/de/content/kontakt-f%C3%BCr-studie-rende-mit-beeintr%C3%A4chtigung). Die Sozialberatungsstellen sind auch erste Anlaufstellen, wenn Studierende in finanzielle Notlagen geraten oder Schwierigkeiten mit der Krankenversicherung haben.

Die **Sozialleistungsträger** sollen alle erforderlichen Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen, eine frühzeitige Feststellung des Bedarfs ermöglichen und über die Leistungen und die Ansprechpartner*innen für eine persönliche Beratung informieren. Die Betroffenen können verlangen, dass für sie ein Plan über die erforderlichen Leistungen aufgestellt wird und dafür auch der Bedarf systematisch erfasst wird. Die Betroffenen können sich jederzeit durch Personen unterstützen lassen, die sie selbst bestimmen. Ab 2018 werden die Bundesländer eine unabhängige Beratung für Menschen mit Behinderung (§ 32 SGB IX) schaffen, die für alle Menschen mit Behinderung zugänglich sein soll (https://teilhabe-beratung.de/). Ab 2020 werden auch die Institutionen, die Leistungen für Menschen mit Behinderung erbringen, zu einer umfassenden Beratung verpflichtet (§ 106 SGB IX-2020).

Krankenversicherung, Gesundheits- und Pflegeleistungen

Welche Möglichkeiten der Krankenversicherung bestehen für mich in Deutschland?

1. Die gesetzliche Pflichtversicherung

Die wichtigste Versicherung ist die gesetzliche Pflichtversicherung (GKV), in der jeder in einem Fachstudiengang eingeschriebene Studierende Mitglied ist, wenn keine Befreiung beantragt wurde. Die gesetzlichen Versicherungen dürfen keine Person wegen ihrer Behinderung abweisen.

Die Versicherung endet, sobald das 14. Fachsemester überschritten ist. Auch mit dem 30. Geburtstag endet die Pflichtversicherung in der Regel. Internationale Studierende können jedoch eine Verlängerung beantragen, entweder, wenn sie die Zugangsberechtigung zum Studium erst spät erlangt haben, oder wenn sie nachweisen können, dass sich ihr Studium behinderungsbedingt verzögert hat. Endet die Pflichtversicherung, so kann sie freiwillig fortgesetzt werden (siehe unten).

Unionsbürger*innen können sich von der studentischen Pflichtversicherung befreien lassen, wenn sie in einem anderen EU-Staat (bzw. EWR/Schweiz) in einer gesetzlichen Versicherung oder einem Gesundheitsfonds gegen Krankheit abgesichert sind (siehe Sachleistungsaushilfe).

- ➤ Wichtig: Bei Einschreibung können Studierende sich von der Pflichtversicherung befreien lassen, indem sie eine Privatversicherung nachweisen. Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ist von der Befreiung dringend abzuraten, weil günstige Privatversicherungen alle Vorerkrankungen ausschließen und zumeist auch Leistungen der medizinischen Reha. Auch vergeben Studierende sich damit die Möglichkeit, sich im Anschluss an eine studentische GKV freiwillig in der GKV weiter zu versichern.
- ➤ Wichtig: Eine Befreiung von der GKV bleibt das gesamte Studium wirksam; es gibt kein Zurück in die gesetzliche Krankenversicherung. Wenn eine Behinderung erst im Laufe des Studiums auftritt, gibt es keinen Zugang mehr zu den umfangreichen Leistungen der GKV.

2. Sachleistungsaushilfe für in einem anderen EU-Staat versicherte Unionsbürger*innen

Unionsbürger*innen können sich in ihrem Herkunftsland gesetzlich krankenversichern und mit dem Nachweis dieses Versicherungsverhältnisses (European Health Insurance Card, EHIC) von der studentischen GKV befreit werden. Sie erhalten eine <u>Gesundheitskarte von einer GKV ihrer Wahl</u>, die die anfallenden Kosten mit der Herkunftsversicherung abrechnet. Diesen Vorgang nennt das Europäische Recht "Sachleistungsaushilfe" (Art. 17 VO 883/2004).

➤ Empfehlung: Für Unionsbürger*innen empfiehlt sich eine gesetzliche Versicherung im Herkunftsstaat, wenn diese günstiger ist als die Mitgliedschaft in der studentischen Pflichtversicherung. Oft sind sie auch beitragsfrei bei ihren Eltern mitversichert. Sollte die gesetzliche Versicherung im Herkunftsstaat enden, können sie in die studentische GKV wechseln. Waren sie aber im Herkunftsland privat versichert, so ist dies nicht möglich.

3. Die Familienversicherung

Lebt ein Elternteil in Deutschland und ist Mitglied der GKV, so werden <u>Kinder bis zum 25. Geburtstag</u> familienversichert, wenn sie als Studierende eingeschrieben sind (auch für ein studienvorbereitendes Studienkolleg). Es kommt nicht darauf an, dass sie mit ihren Eltern zusammenleben. Endet die Familienversicherung, können sie in die studentische GKV wechseln oder, wenn die Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen (z.B. Promotion oder nach dem 14. Fachsemester), als freiwilliges Mitglied in der GKV bleiben. <u>Kinder mit einer Behinderung bleiben ohne Altersgrenze</u> in der Familienversicherung, soweit und solange sie wegen der Behinderung nicht in der Lage sind, ein Einkommen zu erzielen, welches ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken (ca. 800 – 900 Euro).

4. Pflichtversicherung als Arbeitnehmer*in während des Studiums

Die Pflichtversicherung als Arbeitnehmer*in setzt für Studierende erst bei einer Beschäftigung von mehr als 20 Wochenstunden ein. Um diese Versicherung auch über das Ende der Tätigkeit hinaus als freiwillige Versicherung fortführen zu können, müssen mindestens 12 Monate Beiträge gezahlt worden sein (oder 24 Monaten innerhalb der Rahmenfrist von fünf Jahren, § 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V). Privat versicherte Studierende können so nur schwer den Wechsel in die GKV durch eine Beschäftigung während des Studiums erreichen.

5. Freiwillige Versicherung in der GKV

Eine freiwillige Versicherung kann sich in der Regel nur an eine Zeit der Pflichtversicherung anschließen. Wichtig ist diese Option für alle Studierenden, die das 14. Semester oder die Altersgrenze (in der Regel ab 30 Jahre) überschritten haben. Ebenso können sich Promovierende, die nicht mehr von der studentischen Pflichtversicherung erfasst werden, freiwillig versichern.

Wichtig: Zwingende Voraussetzung für eine freiwillige Versicherung in der GKV ist eine vorangegangene Mitgliedschaft in der studentischen Pflichtversicherung (siehe oben).

6. Privatversicherung

Wer bei Einreise noch nicht in ein Fachstudium eingeschrieben ist, sondern **zum Zweck der Studien-bewerbung oder Studienvorbereitung** kommt und keiner gesetzlichen Versicherung in einem anderen EU-Staat angehört, kann nicht Mitglied in der studentischen Pflichtversicherung werden, sondern muss sich privat versichern. Das gilt auch für Promotions-Studierende, die nicht durch eine Beschäftigung an der Hochschule pflichtversichert sind. Auch Studierende, die nach dem 30. Geburtstag in Deutschland ein Studium aufnehmen, sind nicht mehr als Studierende pflichtversichert. Es besteht auch die Möglichkeit, sich für das gesamte Studium von der Versicherungspflicht befreien zu lassen.

Für Studierende mit Behinderung bedeutet dies oft den Abschluss des Basistarifs in der privaten KV (Höchstbeitrag zurzeit 682,95 Euro, um 50 % reduzierter Beitrag bei Nachweis des Einkommens), weil nur hier keine Gesundheitsuntersuchung erfolgt und die Leistungen denen der GKV entsprechen.

Empfehlung: Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sollten sich, sobald sie sich in ihr Studienfach eingeschrieben haben, in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern und sich nicht zugunsten der privaten Krankenversicherung befreien lassen.

Welche Leistungen kann ich erhalten, wenn ich in der gesetzlichen studentischen Krankenversicherung versichert bin?

Die medizinische Versorgung der GKV umfasst:

- Ärztliche Behandlung,
- Psychotherapeutische Behandlung,
- Medikamente,
- Heilmittel (ärztlich verordnete Therapien),
- Hilfsmittel (z.B. Körperersatzstücke nach Genehmigung durch die GKV),
- Krankenhausbehandlung.

Die Leistungen der GKV sind auf medizinische Maßnahmen begrenzt, d. h. auf solche, die auf Heilung eines Krankheitszustandes ausgerichtet sind und die von Ärzten ausgeführt oder zugewiesen werden.

Die Krankenkasse bezahlt nur ganz bestimmte Hilfsmittel, die den Erfolg der Krankenbehandlung sichern, eine Behinderung ausgleichen oder einer drohenden Behinderung vorbeugen. Zu den Hilfsmitteln gehören z. B. Hörhilfen, Prothesen, orthopädische und technische Hilfsmittel oder ein Mobilitätstraining für Blinde. (Hilfsmittelverzeichnis: https://hilfsmittel.gkv-spitzenverband.de/home.action). Behinderungsbedingt erforderliche studienbezogene Hilfsmittel werden dagegen nicht von der Krankenversicherung finanziert.

Nach Unfällen, größeren Operationen und schweren Erkrankungen wird die Reha in Form der Anschlussheilbehandlung in Reha-Kliniken oder -Zentren erbracht. Bei psychischen Erkrankungen muss die Therapie von der GKV genehmigt werden. Den Antrag stellen die Therapeut*innen spätestens nach der 5. Therapieeinheit.

Für Medikamente, Heilmittel und Krankenhausbehandlungen werden bestimmte Selbstbeteiligungen fällig, die aber auf 2 % des Einkommens, bei chronisch Kranken auf 1 %, beschränkt sind. Zur Berechnung müssen Studierende ihre tatsächlichen Einkommensverhältnisse nachweisen, mindestens wird der BAföG-Satz zugrunde gelegt. Im Studienjahr 2018 würde sich eine Jahreszuzahlungsgrenze von 88,20 Euro für chronisch Kranke ergeben.

Auf welche Gesundheitsleistungen habe ich sonst noch Anspruch?

1. Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung

Eingeschriebene Studierende sind in der **gesetzlichen Unfallversicherung** (GUV) versichert. Die Leistungen setzen ein, wenn Studierende bei der Durchführung des Studiums einschließlich der Anfahrtswege zur Hochschule oder während eines Praktikums oder einer Nebenbeschäftigung (dann aber als Arbeitnehmer*innen) einen Unfall erleiden (§ 2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII). Die GUV kann auch bei Berufskrankheiten zuständig sein; derartige Erkrankungen sind bei Studierenden aber selten.

➤ Wichtig: Die Leistungen der Unfallversicherung sind vom aufenthaltsrechtlichen Status der Studierenden völlig unabhängig. Sie gehen den Leistungsansprüchen gegenüber der GKV vor und sind oft umfangreicher als diese, weil sie sich auch auf Fahrtkosten, nicht verschreibungspflichtige Medikamente etc. erstrecken und keine Zuzahlungen verlangt werden.

2. Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz

Nach dem **Opferentschädigungsgesetz** (OEG) werden auch Leistungen der medizinischen Rehabilitation erbracht. Der Leistungsanspruch setzt eine gesundheitliche Schädigung durch einen vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriff in Deutschland voraus. Erfasst werden u.a. Sexualdelikte und Anschläge auf Gebäude oder Einrichtungen, in denen sich Menschen aufhalten, nicht hingegen Anschläge, die mittels eines Fahrzeugs begangen werden.

Für die Leistungen der medizinischen Reha ist allerdings die GKV vorrangig zuständig. Das Versorgungsamt kommt nur für die medizinischen Reha-Leistungen auf, wenn entweder keine GKV besteht oder die Leistungen über den Leistungskatalog der GKV hinausgehen. Es kann sich u.a. um Fahrtkosten, Brillen, Haushaltshilfen, Kuren und um sog. "Versehrtenleibesübungen" (Reha-Sport) handeln.

Studierende Unionsbürger*innen haben dieselben Leistungsansprüche nach dem OEG wie deutsche Staatsangehörige.

Auf welche Pflegeleistungen habe ich Anspruch?

1. Leistungen der Pflegeversicherung

Jede Person, die in einer gesetzlichen oder einer privaten Krankenversicherung versichert ist, ist zugleich verpflichtend Mitglied in einer gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung (§§ 20, 23 SGB XI).

- ➤ Wichtig: Die Leistungen der Pflegeversicherung werden erst <u>nach einer Mitgliedschaft von</u> <u>zwei Jahren</u> erbracht (§ 33 Abs. 2 Satz 1 SGB XI). Für Familienversicherte reicht es aus, wenn einer der Elternteile bereits seit zwei Jahren versichert ist. Sobald ein Leistungsanspruch nach Ablauf der Wartezeit besteht, können studierende Unionsbürger*innen die Leistungen der Pflegeversicherung ohne Einschränkungen in Anspruch nehmen.
- ➤ Wichtig: Pflegeleistungen werden auch als <u>Sachleistungsaushilfe</u> für Unionsbürger*innen gezahlt, die in einem anderen EU-Staat krankenversichert sind, weil die Leistungen im Rahmen der europäischen Koordination als Leistungen der Krankenversicherung gelten. Für sie gilt in Deutschland <u>keine Wartefrist</u>.

2. Hilfe zur Pflege

Ergänzend oder ersetzend wird Hilfe zur Pflege als Sozialhilfeleistung von den Sozialämtern erbracht. Da es sich um eine steuerfinanzierte Sozialhilfe-Leistung handelt, kann sie nur beansprucht werden, wenn der Einsatz eigener finanzieller Mittel nicht zumutbar ist. Dabei werden auch Vermögenswerte im Ausland berücksichtigt.

➤ Wichtig: Hilfe zur Pflege ist während eines Studiums in den ersten drei Monaten des Aufenthalts ausgeschlossen. Anschließend besteht für Unionsbürger*innen ein Anspruch auf Hilfe zur Pflege (§§ 61 ff., § 23 Abs. 1 SGB XII).

Während des Aufenthalts nach dem Studium zur Arbeitsuche können Unionsbürger*innen (ausgenommen Erwerbstätige) keine Hilfe zur Pflege beanspruchen, weil Sozialhilfeleistungen in dieser Zeit generell ausgeschlossen sind (§ 23 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII). Dieser Leistungsausschluss gilt nicht für Angehörige der EFA-Staaten (siehe 3.4.2.2), weil Art. 1 EFA einen Anspruch auf Sozialhilfe gewährleistet.

3. Leistungen der Unfallversicherungen und Versorgungsämter

Nach Unfällen im Bereich der Hochschule erbringt die Unfallversicherung vorrangig vor der gesetzlichen Pflegeversicherung Leistungen bei Pflegebedürftigkeit. Es handelt sich insbesondere um Pflegegeld, dessen Höhe von dem Grad der Schädigung abhängt, es können aber auch Pflegesachleistungen finanziert werden. Auch die Versorgungsämter gewähren bei einer Schädigung durch einen vorsätzlichen tätlichen Angriff (OEG) Pflegeleistungen im erforderlichen Umfang.

Teilhabeleistungen für Studierende mit Behinderung

Welche Unterstützungsleistungen für Studierende mit Behinderungen erbringen die Hochschulen?

Für die Hochschulen gelten die Landesgesetze zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, die für alle Bundesländer bestehen. Die Gesetze verpflichten die staatlichen Hochschulen zu einer barrierefreien Gestaltung. Die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen muss für alle Studierenden gewährleistet werden. Auch die Kommunikation im Bereich der Zulassung und Einschreibung, mit dem Prüfungsausschuss und den Organen der Hochschule muss barrierefrei sichergestellt werden. Das Hochschulrahmengesetz und die Hochschulgesetze der Länder enthalten auch Regelungen über die soziale Förderung von Studierenden mit Behinderungen. Die Ausgestaltung der Förderpflichten bleiben in allen Hochschulgesetzen sehr allgemein und begründen keine individuellen Leistungsverpflichtungen.

Welche staatlichen Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile kann ich während und nach dem Studium in Anspruch nehmen?

1. Unfallversicherung und Opferentschädigungsrecht

Studierende, die wegen einer in Deutschland eingetretenen Behinderung Ansprüche gegenüber der Unfallversicherung oder nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) haben, erhalten die erforderlichen Teilhabeleistungen für ein Hochschulstudium sowie zur beruflichen und sozialen Teilhabe von der Unfallversicherung oder von den Versorgungsämtern, die das OEG anwenden.

2. Leistungen des Herkunftslandes

Soweit studierende Unionsbürger*innen Leistungen von Versicherungen und Versorgungsinstitutionen in ihren Herkunftsstaaten (anderer EU/EWR-Staat, Schweiz) erhalten, können sie diese in aller Regel während des Studiums nach Deutschland exportieren. Leistungen der Sozialhilfe und steuerfinanzierte Sonderleistungen für Menschen mit Behinderung sind dagegen nach den Regeln der Europäischen Sozialrechtskoordinierung (Art. 70 VO 883/2004) nicht exportierbar. Die Gesetze der einzelnen Mitgliedstaaten können aber Sonderregeln für Auslandssemester enthalten.

3. Leistungen der Eingliederungshilfe

Für Eingliederungshilfeleistungen wird in Deutschland die Sozialhilfe als Träger der Eingliederungshilfe zuständig, Leistungsansprüche bestehen jedoch nur sehr eingeschränkt.

- Studierende Unionsbürger*innen sind zunächst in den ersten drei Monaten von Leistungen der Eingliederungshilfe (Sozialhilfe) ausgeschlossen, es sei denn sie sind erwerbstätig. Diese Regelung entfällt ab dem 1.1.2020.
- ➤ Wichtig: Nach Ablauf der ersten drei Monate sind Studierende aus den EU-Staaten, die für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, berechtigt, die Leistungen der Eingliederungshilfe in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen. Für Unionsbürger*innen gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz der Unionsbürgerrichtlinie. Sie verfügen als Studierende mit gesichertem Lebensunterhalt über ein Aufenthaltsrecht, deshalb können sie sich ab dem 4. Monat des Aufenthalts (Art. 24 Abs. 2 der RL 2004/38/EG) unmittelbar auf diesen Gleichbehandlungsgrundsatz berufen.

Bei den Leistungen der Eingliederungshilfe für Studierende handelt sich insbesondere um:

- Technische Hilfsmittel zur Durchführung des Studiums,
- Kommunikationshilfen im Studium,
- persönliche Assistenz im Studium,
- behinderungsbedingt erhöhte Fahrtkosten zur Hochschule,
- Finanzierung besonderer Wohnformen, die aufgrund der Behinderung nötig werden
- Leistungen zur Freizeitgestaltung,
- Leistungen im Behindertensport,
- Fahrdienste.

Detaillierte Ausführungen finden sich in der Empfehlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) zu den Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zum Besuch einer Hochschule (http://www.lwl.org/spur-download/bag/hochschulempfehlungen2012.pdf) und auf der Homepage des Deutschen Studentenwerks (https://www.studenten-werke.de/de/content/hochschulhilfen-leistungen-der-eingliederungshilfe).

Nach dem Studium: Sobald nach Abschluss des Studiums der Aufenthalt zum Zweck der Arbeitssuche fortgesetzt wird, führt die Ausnahme vom Gleichbehandlungsgrundsatz für Arbeitsuchende (Art. 24 Abs. 2 RL 2004/38/EG, § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB XII) dazu, dass sie von Leistungen der Eingliederungshilfe ausgeschlossen sind. Diese Regelung wird ab dem 1.1.2020 abgeschafft. Sobald Unionsbürger*innen während der Arbeitsuche zumindest einer geringfügigen Beschäftigung (mindestens ca. fünf Wochenstunden) nachgehen, sind sie als Arbeitnehmer*innen wieder leistungsberechtigt. Studierende aus EU-Mitgliedstaaten (zusätzlich EWR und Schweiz), die zugleich Mitglied des Europäischen Fürsorgeabkommens (EFA) sind¹, fallen nicht unter die Ausschlussklausel für Arbeitsuchende. Für österreichische Studierende gilt dies auch auf der Grundlage des bilateralen deutsch-österreichische Fürsorgeabkommens.

den (vgl. dazu auch BVerwGE 71, 139).

¹ Unterzeichnerstaaten sind Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Türkei und das Vereinigte Königreich. Österreich und Finnland sind dem EFA nicht beigetreten, ebenso Rumänien und Bulgarien nicht. Durch das Zustimmungsgesetz vom 15.5.1956 (BGBI. II S. 563) ist das EFA transformiert worden und innerstaatliches Recht gewor-

4. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Als bislang noch wenig erprobte Möglichkeit kommen auch Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben wie technische und personelle Kommunikationshilfen, Schreibhilfen, Assistenz etc. durch die Bundesagentur für Arbeit in Betracht. Die Leistungen werden nur erbracht, wenn der angestrebte Studienabschluss unter Berücksichtigung der Behinderung erreichbar ist, und dieser anschließend am Arbeitsmarkt in Deutschland oder in einem anderen EU-Staat verwertet werden kann und soll.

Wichtig: Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben werden <u>unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status</u> erbracht.

Die Arbeitsagenturen sind in jedem Fall verpflichtet, Anträge auf Teilhabeleistungen entgegenzunehmen und entweder innerhalb von zwei Wochen weiterzuleiten oder inhaltlich über den Bedarf zu entscheiden (§ 14 SGB IX). Unterstützung bei der Antragstellung bieten auch die unabhängigen Beratungsstellen (https://teilhabe-beratung.de/).

Nach einem Studienabschluss bestehen Ansprüche (nach Ermessen) gegenüber der Arbeitsagentur auf Leistungen der Arbeitsmarktintegration (Bewerbungskosten, Übersetzung von Dokumenten, Trainingsmaßnahmen, Praktika, Eingliederungszuschüsse für behinderte und schwerbehinderte Menschen) in gleichem Umfang wie für Deutsche. Diese Ansprüche sind in Art. 5 der Arbeitnehmerverordnung (EU) 492/2011 geregelt.

Sicherung des Lebensunterhalts

Gibt es Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Studierende mit einer Behinderung aus EU, EWR und der Schweiz?

Der Lebensunterhalt muss von Studierenden aus EU-Staaten, die zum Zweck des Studiums einreisen, aus eigenen Mitteln sichergestellt werden (§ 4 FreizügG/EU). Das gilt auch für Studierende mit Behinderung. Allerdings gibt es für Unionsbürger*innen Ausnahmen von diesem Grundsatz, insbesondere, wenn sie selbst oder ihre Eltern in Deutschland arbeiten oder gearbeitet haben. Die Einzelheiten werden unter den folgenden Fragestellungen erläutert.

Wann bestehen Ansprüche nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)?

Soweit die übrigen Anforderungen des BAföG-Gesetzes erfüllt sind (Einkommensanrechnung der Eltern, Erststudium bzw. Studienwechsel bis zum 3. Semester, Alter etc.) bestehen Leistungsansprüche für Studierende, wenn

- sie selbst Arbeitnehmer*innen sind. Es muss sich nicht um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung handeln, ausreichend sind ca. fünf Wochenstunden.
- sie ehemalige Arbeitnehmer*innen sind, die vor dem Studium einer Beschäftigung nachgegangen sind, die in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Studium steht. Die Regelung muss erweitert werden auf Personen, die ihre Erwerbstätigkeit unfreiwillig aufgeben mussten. Insbesondere ist an Personen zu denken, die wegen einer Behinderung ihre bisherige Berufstä-

- tigkeit aufgeben müssen und die durch ein Studium eine geeignete Berufsalternative erwerben. Die Durchsetzung eines solchen Anspruchs macht eventuell die Einschaltung eines Rechtsbeistandes erforderlich.
- sie Familienangehörige (Ehegatten, Lebenspartner, Kinder bis zum 21. Geburtstag) von Erwerbstätigen, ehemals Erwerbstätigen oder Daueraufenthaltsberechtigten sind, die in Deutschland leben. Das Aufenthaltsrecht bleibt auch dann bestehen, wenn die Stammberechtigten wegziehen oder verstorben sind. Auch wenn Studierende über 21 Jahre alt sind und keinen Unterhalt mehr von dem stammberechtigen Elternteil beziehen, bleiben sie leistungsberechtigt.
- sie daueraufenthaltsberechtigt sind (in der Regel nach fünf Jahren Aufenthalt).

In welchen Situationen kann ich Leistungen des Jobcenters in Anspruch nehmen?

Studierende allgemein (auch deutsche) werden aus dem Leistungssystem des Jobcenters weitgehend ausgeschlossen. Grundsätzlich können jedoch Ansprüche nach SGB II bestehen auf:

- Mehrbedarfe wegen krankheitsbedingten Mehraufwendungen für Ernährung (§ 21 Abs. 5 SGB II) oder wegen eines unabweisbaren, laufenden Mehrbedarfs (§ 21 Abs. 6 SGB II), wie die Kosten für Haushaltshilfen, die Kosten für laufende, unverzichtbare Medikamente, die nicht von der GKV übernommen werden, oder Fahrtkosten zu einer von der GKV finanzierten Therapie,
- aufstockende Leistungen zum BAföG im Haushalt der Eltern (§ 7 Abs. 6 Nr. 2a SGB II),
- Leistungen zum Lebensunterhalt während eines krankheitsbedingten Urlaubssemesters,
- Leistungen in Härtefällen nach § 27 Abs. 3 SGB II, wenn sich behinderungsbedingt Verzögerungen im individuellen Bildungsverlauf ergeben haben, die zu einer Überschreitung der Altersgrenze von 30 Jahren nach BAföG geführt haben und Menschen mit einer Behinderung in besonderer Weise auf einen qualifizierten Berufsabschluss angewiesen sind, weil sie ihre Kompetenzen nur so angemessen für eine Erwerbstätigkeit nutzen können.
- ➤ **Wichtig**: Unionsbürger*innen sind als <u>Studierende</u>, in der Zeit der <u>Studienvorbereitung</u> und in der Zeit einer <u>Arbeitssuche</u> nach dem Studium verpflichtet, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten (§ 4 FreizügG/EU).
- ➤ Wichtig: Studierende Unionsbürger*innen erhalten daher i.d.R. auch keine Leistungen nach SGB II während eines Teilzeitstudiums, für Wohnkosten im Haushalt der Eltern, für behinderungsbedingte Mehrbedarfe oder wegen eines Härtefalles (Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe a SGB II).
 - Lediglich Unionsbürger*innen mit einem Anspruch auf BAföG (siehe entsprechende Frage) haben auch Ansprüche auf die ergänzenden Leistungen nach SGB II und in den Zeiten einer Studienvorbereitung sowie während einer Unterbrechung durch ein Urlaubssemester auf volle Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II.

Nach dem Studium: Unionsbürger*innen können nach einem Studienabschluss oder auch einem Studienabbruch weder Leistungen des Jobcenters (§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe a) oder b) SGB II) noch der Sozialhilfe (§ 23 Abs. 3 SGB XII) in Anspruch nehmen, weil sie sich entweder zum Zweck der Arbeitsuche in Deutschland aufhalten oder kein Aufenthaltsrecht besteht. Sie werden auf die Überbrückungsleistungen verwiesen. Sobald sie aber über eine Beschäftigung (ab ca. fünf Wochenstunden) verfügen, haben sie als Arbeitnehmer*innen wieder Anspruch auf alle Leistungen.

Wenn Unionsbürger*innen weder arbeiten noch über eine Sicherung des Lebensunterhalts verfügen, kann die Ausländerbehörde in den ersten fünf Jahren ihres Aufenthalts einen Bescheid erlassen, in dem festgestellt wird, dass kein Freizügigkeitsrechts mehr besteht (§ 5 Abs. 4 FreizügG/EU). Dann sind auch Unionsbürger*innen ausreisepflichtig und haben deshalb einen Leistungsanspruch nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG.

Gibt es einen Anspruch auf Wohngeld?

Studierende Unionsbürger*innen können Wohngeld beziehen, wenn ihr Lebensunterhalt (in Höhe des BAföG-Satzes) im Übrigen gesichert ist. Das gilt nicht für Bezieher*innen von BAföG, weil die Unterkunftskosten im BAföG-Satz enthalten sind.

Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der Gesetzlichen Krankenversicherung?

Nein, Studierende erhalten kein Krankengeld.

Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder nach dem Opferentschädigungsgesetz?

Wenn Studierende im Zusammenhang mit dem Studium einen Unfall erleiden, können sie von der gesetzlichen **Unfallversicherung** Verletztengeld erhalten. Dieses richtet sich nach dem konkret vor dem Unfall erzielten Einkommen. Studierende können es nur erhalten, wenn sie neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind und dieses Einkommen durch den Unfall verloren haben. Bei dauerhaften Schädigungen ab 20 % Erwerbsminderung wird eine Verletztenrente gezahlt.

Wenn Studierende durch ein Kriminalverbrechen gegen Leib oder Leben eine Verletzung erleiden, können sie beim Versorgungsamt ein Versorgungskrankengeld nach dem **Opferentschädigungsgesetz** (OEG) für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit beantragen. Es wird nur bei konkreten Einkommensausfällen und nur unter bestimmten persönlichen, insbesondere aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen gewährt. Für langfristige Schädigungsfolgen wird zum Ausgleich eine Beschädigtenrente gezahlt. Diese setzt sich zusammen aus einer Grundrente ab einem Grad der Schädigungsfolgen von 30 und einer Ausgleichsrente für Erwerbseinbußen ab einem Grad der Schädigungsfolgen von 50. Die Grundrente wird einkommensunabhängig gezahlt und steht internationalen Studierenden ohne Wartezeit zur Verfügung. Die Ausgleichsrente ist einkommensabhängig und wird deshalb erst nach einer Aufenthaltsdauer von drei Jahren geleistet. Die Grundrente wird nicht auf Leistungen nach BAföG, nach SGB II, SGB XII und AsylbLG angerechnet.

Kann ich Blindengeld erhalten?

Unionsbürger*innen haben einen Anspruch auf Blindengeld sowohl nach den Landesgesetzen als auch ergänzend als Blindenhilfe nach SGB XII.

Kann ich existenzsichernde Hilfen erhalten, wenn eine unvorhergesehene, schwerwiegende Notlage auftritt?

Studierende und Arbeitsuchende aus Ländern der EU, EWR und der Schweiz, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst sicherstellen können, sind grundsätzlich verpflichtet, Deutschland zu verlassen. Das gilt

auch, wenn die Mittellosigkeit auf ein unerwartetes und unverschuldetes Ereignis zurückzuführen ist, etwa weil ein Unfall oder eine schwere Erkrankung zu einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit führt.

Solange die Ausreise jedoch aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen nicht möglich ist, bestehen nach einer Exmatrikulation Ansprüche gegenüber dem Sozialamt auf Überbrückungsleistungen (§ 23 Abs. 3 Satz 3 bis 5 SGB XII). Sie sind begrenzt auf einen Monat innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren und umfassen lediglich Leistungen zur Absicherung des physischen Existenzminimums. Der Zeitraum und der Umfang sind zu erweitern, wenn dies im Einzelfall unverzichtbar notwendig ist. Den Betroffenen bleibt die Möglichkeit, den Leistungsbezug durch Ausreise zu beenden oder eine Beschäftigung im Umfang von mindestens fünf Wochenstunden aufzunehmen.

Unionsbürger*innen behalten jedoch immer ihr Aufenthaltsrecht, wenn sich ein freizügigkeitsberechtigter oder deutscher Ehepartner oder Lebenspartner in Deutschland aufhält, oder der Aufenthalt von den Eltern abgeleitet wird, weil das Studium vor Erreichen des 21. Lebensjahrs begonnen wurde. Auch von Kindern kann ein Aufenthaltsrecht abgeleitet werden, wenn einer der Eltern Arbeitnehmer*in ist oder war oder dem Kind Unterhalt leistet.

Empfehlung: Drohen finanzielle Notlagen, sollten Studierende möglichst frühzeitig die Sozialberatungsstellen der Studenten- und Studierendenwerke aufsuchen, um mögliche Lösungsstrategien zu besprechen (s.o.).

Anerkannte Schwerbehinderung

Kann ich einen Schwerbehindertenausweis beantragen?

Grundsätzlich besteht für Unionsbürger*innen die Möglichkeit, bei den Landesversorgungsämtern den Grad der Behinderung amtlich feststellen zu lassen (Schwerbehindertenausweisverordnung). Interessant ist dies vor allem bei einer bestehenden Schwerbehinderung (ab GdB 50). Antragstellende benötigen aber einen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland, deshalb sind Gaststudierende, die sich nur für ein Semester (oder kürzer) in Deutschland aufhalten, davon ausgeschlossen.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und die Leistungen zur Teilhabe an Bildung sowie die soziale Teilhabe hängen nicht von der Feststellung des Grads der Behinderung ab, sondern von den ärztlich attestierten Beeinträchtigungen. Mit dem Eintritt in das Berufsleben, sei es nach Abschluss des Studiums, mit dem Wechsel in eine Ausbildung oder mit Aufnahme einer Hochschulbeschäftigung zum Zwecke der Promotion, kommt es sowohl für Steuervergünstigungen als auch für verschiedene Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben auf die Feststellung der Schwerbehinderung an. Einige Konsequenzen können sich auch im Zusammenhang mit einer Tätigkeit als studentischer Hilfskraft oder einer Nebenbeschäftigung während des Studiums ergeben.

Können internationale Studierende mit einer Schwerbehinderung Nachteilsausgleiche im Steuerrecht, Arbeitsrecht und bei öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen?

Die spezifischen Nachteilsausgleiche für Schwerbehinderte hängen allein von den Feststellungen im Schwerbehindertenausweis ab und sind weder an die Staatsangehörigkeit noch einen spezifischen ausländerrechtlichen Status gebunden.

- <u>Arbeitsrechtliche Regelungen</u>: Bevorzugte Einstellung und Beschäftigung, Kündigungsschutz, Zusatzurlaub und Freistellung von Mehrarbeit.
- <u>Steuerliche Vergünstigungen</u>: bei Merkzeichen "G" und "aG" bessere Absetzbarkeit von Fahrtkosten zur Arbeitsstelle.
- Leistungen zur Erlangung und zum Erhalt des Arbeitsplatzes.
- <u>Kostenermäßigung im öffentlichen Nahverkehr</u> (gegen eine Wertmarke von 80 Euro im Jahr, Merkzeichen B, H, VB oder EB kostenlos), eventuell Parkausweis ("aG" und "BI").
- <u>Ermäßigungen bei kulturellen u.ä. Veranstaltungen bzw. Beiträgen</u>: Entscheidungen des jeweiligen Anbieters, ab GdB 70 ermäßigte Bahncard.
- <u>Befreiung oder Ermäßigung beim Rundfunkbeitrag</u>: ab GdB 60 bei Sehbehinderung und für Hörgeschädigte wird der Monatsbeitrag auf 5,83 Euro reduziert; Befreiung für Blinde, Taubblinde und Pflegebedürftige.

Prof Dr jur Dorothee Frings

Which social security rights claims do students with disabilities and chronic illnesses have who come from EU States, the EEA and Switzerland?

Frequently asked questions – As of autumn 2018

Foreword

Members of EU States can travel freely within the EU, and under certain conditions, they can take up residence in any EU State. This is governed by Citizens' Rights Directive 2004/38/EC and in the German Freedom of Movement Law/EU. The members of the other states in the European Economic Area (EEA), Iceland, Liechtenstein and Norway, enjoy the same rights (§ 12 Freedom of Movement Law/EU). Swiss citizens are also entitled to such rights via an agreement, but they have to apply for a Residence Card for Swiss Nationals (purely declaratory) based on § 28 Ordinance on Residence).

In the following, "EU citizen" refers both to members of the European Union and to those of the EEA and Switzerland, because the Freedom of Movement Law/EU as well as EU social security co-ordination apply for them.

Students who are EU citizens with physical, sensory or mental impairments generally enjoy the same rights as EU citizens without impairments regarding access to studies and the right of residence for the purpose of studying. However, EU citizens do not qualify for financial benefits supporting training and education or other benefits securing maintenance in the same manner as Germans.

Not only must students with disabilities and chronic illnesses ensure that their living and education costs are covered, but in addition, they may have to organise payment of nursing care, healthcare, constructionally accessible housing, technical support and personal assistance. Unlike in a number of other countries, the range of aids and support for students with disabilities and chronic illnesses is, as a rule, very limited at German higher education institutions.

Instead, various providers of social services are responsible for financing requirements arising from disabilities. While EU citizens are generally entitled to equal treatment, this is partly subject to some rather unexpected restrictions.

Before commencing studies in Germany, EU citizens and citizens of the EEA and Switzerland with disabilities or chronic illnesses should therefore find out exactly which benefits they can obtain under which conditions in Germany, and for which requirements they have to make their own arrangements.

A disability refers to a physical, mental, intellectual or sensory impairment lasting for a longer period (more than six months) which, in interaction with environmental barriers, keeps those concerned from a full, effective and equal participation in social life (Article 1 BRK, § 2 SGB IX). This notion of disablement also covers people with chronic illnesses.

This brief overview of frequently asked questions only concerns European Union citizens and students from Iceland, Norway and Switzerland.

The rights of students from third countries are presented in a separate brief overview.

Questions concerning the right of residence

What is required to study in Germany?

EU citizens may enter Germany for the purpose of studying without any permit and may reside here. However, during their studies, they have to <u>cover their living costs</u> and need <u>sufficient health insurance cover</u>. Their income situation has to be demonstrated as meeting these requirements, although it is not tested (§ 5a Subparagraph 1 Sentence 2 Freedom of Movement Act/EU) provided that no social security maintenance benefits are claimed.

Regardless of securing maintenance, EU citizens who are studying enjoy freedom of movement under the following conditions:

- up to the age of 21 years and beyond as children of gainfully employed persons if they
 were living together with at least one parent in Germany before becoming 21 years old or
 if they are receiving maintenance from their parents;
- as spouses of gainfully employed persons;
- as gainfully employed students pursuing a part-time occupation (at least approx. five hours a week);
- as spouses of Germans.

Are time limits imposed on residence for study purposes?

Not as long as maintenance is secured and no benefits are claimed to secure subsistence.

Can I take up a job or do vocational training if study demands are too high or I do not like the study programme?

EU citizens may start in-firm training in Germany at any time. They are then regarded as employees and are entitled to social security benefits just like German citizens (Article 7 Regulation No. 492/2011 on freedom of movement für workers within the Union). This also applies if they take up a job even if it is not subject to social insurance contributions ("Mini-Job") and this occupation does not secure maintenance. By and large, self-employed persons enjoy the same rights as employees. However, it is important here that not only a trade or a free profession is registered, but that proof can also be provided of activities being developed on the market for the purpose of realising a profit.

What happens if my illness worsens and I have to give up studying?

An individual may also lose the right to freedom of movement if studying can no longer be continued through no fault of one's own but on account of illness or a disability and maintenance is no longer secured. Only when a permanent right of residence has been acquired (as a rule <u>after five years of residence</u>, § 5a Freedom of Movement Law/EU) does a right of residence apply irrespective of studying or secured maintenance and fully on a par with German citizens with respect to social security law.

Are there restrictions with regard to taking up employment or pursuing selfemployment on graduating from higher education?

No.

Can I claim social security benefits in Germany to compensate for disadvantages arising from my disability?

Only to a restricted degree. Social security benefits compensating for disadvantages arising from disability are awarded by different rehabilitation service providers in Germany. The benefits provided by mandatory nursing care and health insurances, mandatory accident insurances and via inclusion assistance aids are of particular relevance for students with disabilities and chronic health illnesses. Who is entitled to these benefits will be explained in more detail in the course of the following questions.

Advice

Where can I obtain advice on compensation benefits for disadvantages arising from disability?

Before entering Germany for the purpose of studying, prospective international students with disabilities should contact the **social counselling centres of the local student service organisations** or the **official in charge of issues concerning students with disabilities and chronic illnesses at the respective higher education institution**. They support students by providing important information and by offering guidance as well (queries via: https://www.studentenwerke.de/de/content/kontakt-f%C3%BCr-studierende-mit-beeintr%C3%A4chtigung). The social counselling centres are also the first place to go to for students experiencing financial hardships or having difficulties with health insurance.

The **social services providers** are supposed to make all necessary information available to people with impairments, without complications, enabling timely establishment of requirements and giving details of services and contacts for personal counselling. Those concerned can demand that a plan be drawn up for them showing the required benefits and that the need for them be systematically established. Prospective students can at any time be supported by individuals they themselves have chosen. As of 2018, the Federal States are to create independent counselling for people with disabilities (§ 32 SGB IX) that is to be accessible for all people with disabilities (https://teilhabe-beratung.de/). As of 2020, those institutions providing services for people with disabilities will also be obliged to offer comprehensive counselling (§ 106 SGB IX-2020).

Health insurance, health and nursing care benefits

Which health insurance options do I have in Germany?

1. Mandatory health insurance

The **most important insurance** is social health insurance (SHI), of which every student who has enrolled for a degree course is a member unless an exemption has been applied for. The mandatory health insurances may not refuse an individual membership on account of a disability.

Insurance expires as soon as the 14th subject-related semester has been exceeded. As a rule, mandatory health insurance also expires as of an individual's 30th birthday. However, international students can apply for an extension either if they have only obtained admission to a study course at a late stage

or if they can prove that their studies have been delayed owing to their disability. When compulsory insurance has expired, it can be extended on a voluntary basis (see below).

EU citizens may apply for exemption from mandatory insurance for students if they are ensured in another EU (or the EEA or Switzerland) via a mandatory insurance or a healthcare fund (see in-kind assistance aid).

- Recommendation: When enrolling, students can apply for exemption from mandatory insurance by providing proof of private insurance. Students with disabilities and chronic illnesses are urgently advised not to apply for exemption since cheap private insurances will not provide benefits for any pre-existing illness or, usually, for medical rehabilitation services. Moreover, students taking out a private insurance policy forfeit the option to subsequently be insured by mandatory health insurance on a voluntary basis after their membership of mandatory health insurance for students has come to an end.
- Note: Exemption from mandatory health insurance remains effective throughout the entire course of studies. If a disability only develops in the course of studies, there will no longer be any access to the extensive services provided by statutory health insurance.

2. Benefits in kind for EU citizens insured in another EU state

EU citizens may take out mandatory health insurance in their country of origin and be exempted from student mandatory health insurance on provision of proof with the European Health Insurance Card (EHIC). They receive a <u>health insurance card from a social health insurance agency of their choice</u> that invoices the insurance in the country of origin for the expenses arising. European law refers to this procedure as benefits-in-kind assistance (Article 17 Regulation 883/2004).

➤ Recommendation: EU citizens are advised to take out social health insurance in their country of origin if it is cheaper than membership of mandatory student health insurance. Often, they are also co-insured by their parents' insurance on a non-contributory basis. If the social insurance in their country of origin ends, they can switch to German mandatory health insurance. However, this is not possible if they were privately insured in their country of origin.

3. Family insurance

If a parent is living in Germany and is a member of mandatory health insurance, <u>children up to their 25th birthday</u> are family-insured provided that they are enrolled as students (this also applies to higher education preparatory courses). They are not required to live together with their parents. When dependents' co-insurance expires, they can switch to student mandatory health insurance or, if the conditions for this are not fulfilled (e.g. doctoral studies or after the 14th subject-related semester), can remain voluntary members of mandatory health insurance. <u>Children with a disability even stay co-insured as dependents provided that and as long as they are unable to earn an income sufficient to cover their maintenance</u> (approx. 800 – 900 Euro).

4. Mandatory health insurance for employees while studying

For students, mandatory health insurance for employees only sets in if individuals are employed for more than 20 hours a week. In order to also be able to maintain this insurance as voluntary health insurance beyond the respective occupation, insurance premiums must have been paid for at least 12

months (or 24 months within a qualifying period of five years, § 9 Paragraph 1 No. 1 SGB V). Thus it is difficult for students with a private insurance policy to switch to mandatory health insurance (GKV) via employment during their studies.

5. Voluntary member of social health insurance

As a rule, voluntary insurance can only follow a period of mandatory insurance. This option is important for all students who have exceeded the 14th semester or the age limit (as a rule from 30 years of age on). Also, doctoral students no longer covered by mandatory insurance for students can take out a voluntary insurance policy.

Note: Previous membership of student mandatory insurance is an essential precondition for voluntary membership of the social health insurance for students (see above).

6. Private health insurance

Anyone who has not yet enrolled for a degree course but has entered Germany for the purpose of applying for a degree course or attending a preparatory course and is not a member of social insurance in another EU state cannot become a member of mandatory health insurance for students but has to take out a private insurance policy. This also applies to postgraduates, unless they also happen to be employees oft he respective institution during their doctoral studies, in which case they have mandatory health insurance. Neither are students taking up studying after their 30th birthday covered any longer by mandatory health insurance as students. It is also possible to be exempted from social health insurance for the entire course of studies.

For students with a disability, this often means taking out a private health insurance policy with a base rate (maximum current fee 682.95 Euro, fee reduced by 50 % if proof of income is provided), because it is only here that no health check is required and benefits match those of the SHI.

Recommendation: Students with disabilities and chronic illnesses ought to take out mandatory health insurance as soon as they have enrolled for their study subject and should not apply for exemption in order to opt for a private health insurance policy.

Which benefits am I entitled to if I am insured by mandatory health insurance?

Social health insurance (SHI) healthcare comprises:

- medical attendance,
- psychotherapeutic treatment,
- medication,
- cures (medically prescribed therapies),
- aids (e.g. prostheses authorised by the SHI),
- hospital treatment.

SHI support is limited to medical measures, i.e. to such measures focused on curing a health condition that are either prescribed or performed by physicians.

A health insurance will only cover certain benefits guaranteeing successful treatment, compensating for a disability or preventing the danger of a disability. Benefits include hearing instruments, prostheses, orthopaedic and technical means or mobility training for blind persons. (Register of means: https://hilfsmittel.gkv-spitzenverband.de/home.action). However, the health insurance does not pay for study-related benefits required because of a disability.

Following accidents, major operations and serious health conditions, rehabilitation is provided in the form of follow-up treatment in rehab clinics or centres. When mental conditions are concerned, therapy has to be authorised by the SHI. Therapists file an application after the 5th therapy unit at the latest.

A certain level of co-payment is due for drugs, cures and hospital treatment, which however is restricted to 2 % of income, and to 1 % in the case of chronic illnesses. To work out charges, students have to provide proof of their actual income status, and the BAföG rate is taken as a minimum level. In the academic year of 2018/19, an annual co-payment limit of 88.20 Euro would be charged for students with chronic illnesses.

Which other healthcare benefits do I qualify for?

1. Social accident insurance benefits

Enrolled students are insured via **social accident insurance**. Benefits are provided in the event of students having an accident while studying, including while travelling to and from a higher education institution or during practical training or in a sideline occupation (although in this case as an employee) (§ 2 Subparagraph 1 No. 8c SGB VII). The social accident insurance may also be responsible for insurance cover in the case of occupational illnesses; however, such illnesses are rare among students.

Note: Accident insurance benefits do not relate in any way to a student's legal residential status. They take precedence over entitlement to SHI benefits and are often more comprehensive than the latter because they also cover travel costs, non-prescription drugs, etc. and no surcharges are required.

2. Benefits in accordance with the law on victim compensation

In accordance with the **law on victim compensation (OEG)**, medical rehabilitation services are also supported. Benefits can only be claimed after health impairments have been sustained through a premeditated, illegal act of violence in Germany. This includes sex offences and attacks on buildings or institutions that people are in, but not attacks committed with the aid of a vehicle.

However, the social help insurance (SHI) is the primary agency responsible for medical rehabilitation benefits. The pension office will only cover medical rehabilitation services if either no SHI policy has been taken out or the services at issue go beyond what the SHI provides. Benefits may include travel costs, glasses, home help, health cures and rehabilitation physical exercise.

In accordance with the OEG, students who are citizens of other EU countries qualify for the same benefits as German citizens.

Which nursing care benefits do I qualify for?

1. Nursing care insurance benefits

Every individual insured by social health insurance or by a private health insurance is at the same time a compulsory member of a mandatory or private nursing care insurance (§§ 20, 23 SGB XI).

- Note: Nursing care insurance benefits will only be provided after a membership of two years (§ 33 Sub-paragraph 2 Sentence 1 SGB XI). For family insurance parties, one of the parents already having been insured for two years is sufficient. As soon as EU citizens are entitled to benefits following the end of the waiting period, they can claim nursing care insurance benefits without any restrictions.
- Note: Nursing care benefits (apart from care allowance) are also provided as benefits in kind for EU citizens who have a health insurance in another EU state because the benefits are regarded as health insurance benefits in the context of European social security co-ordination. In Germany, no waiting period applies for them.

2. Nursing care support

As a supplement to or replacement for other support forms, nursing care support is provided by the social welfare office as a social assistence benefit. Since it is a tax-financed social assistance benefit, it can only be claimed if the use of an individual's own financial means is inadequately. Here, assets abroad are also taken into consideration.

Note: No nursing care benefits will be provided <u>during the first three months of a stay</u>. Subsequently, international students are also eligible for nursing care benefits (§§ 61 pp., § 23 Subparagraph 1 SGB XII).

While staying on to seek employment after having graduated, EU citizens (except for gainfully employed citizens) are not entitled to nursing care support because social assistance benefits are generally ruled out in this period (§ 23 Subparagraph 3 No. 2 SGB XII). This exclusion from benefits does not apply for members of the ECSMA (see 3.4.2.2) because Article 1 ECSMA guarantees entitlement to social assistance benefits.

3. Benefits provided by accident insurers and pension offices

Following accidents in the field of higher education, accident insurance takes precedence over mandatory nursing care insurance in providing services and benefits should the need for nursing care arise. Such services and benefits above all include attendance allowance, the level of which depends on the degree of disability, although nursing care services in kind may be financed as well. The pension offices also provide nursing care to the required extent in the case of grievous bodily harm (OEG).

Inclusion and participation assistance aids for students with disabilities

How do higher education institutions support students with disabilities?

In all Federal States, State legislation applies for the equalisation of opportunities for people with disabilities. The laws oblige State-funded higher education institutions to provide accessible facilities. Finding, accessing and using facilities at higher education institutions has to be made easy for all students. Communication in the field of admission and enrolment and with the examination board and the higher education institution bodies must be free of obstacles, too. The Higher Education Framework Law and the State higher education laws also contain regulations on social support for students with disabilities. In all higher education legislation, the details of the duty to provide support remain very general. They do not imply any individual obligation to provide benefits.

Which social security benefits to compensate for disadvantages arising from a disability can I claim during and after my studies?

1. Accident insurance and the law on victim compensation

Students entitled to accident insurance benefits or benefits in accordance with the law on victim compensation (OEG) owing to a disability that developed or arose in Germany obtain the necessary benefits to support participating in higher education studies as well as in a profession and in society from the accident insurance or the pension offices, which apply the OEG.

2. Country of origin benefits

If EU citizens who are studying are receiving benefits from insurance and pension offices in their countries of origin (other EU/EEA states, Switzerland), they can almost always export them to Germany during their studies. However, social welfare benefits and tax-funded special benefits for people with disabilities cannot always be exported, in accordance with the regulations of European Social Security Coordination (Article 70 VO 883/2004), although individual Member State legislation may contain special regulations governing semesters abroad.

3. Inclusion assistance aid

In Germany, social welfare is responsible for inclusion assistance, as the provider of inclusion assistance services. However, benefits can only be claimed to a very limited degree.

During the first three months, EU citizens who are studying are initially excluded from inclusion assistance (social welfare benefit) unless they are gainfully employed. This regulation expires as of the 1.1.2020.

Note: After the first three months, students from the EU countries who can cover their maintenance are qualified to claim inclusion assistance in full. The Principle of Equal Treatment referred to in the Citizens' Rights Directive applies for EU citizens. As students with secured maintenance, they dispose of a right of residence and can therefore directly refer to this Principle of Equal Treatment as of the 4th month of their stay (Article 24 Subparagraph 2 RL 2004/38/EC).

Inclusion assistance aids for students above all comprise:

- technical means to perform studies,
- communication means for studies,
- personal assistance for students,
- covering higher travel expenses to and from higher education institutions owing to a disability,
- financing special forms of accommodation necessitated by a certain disability,
- support for recreational activities,
- sports for the disabled,
- shuttle services.

More details are provided in the recommendations issued by the "Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS)" on inclusion assistance means for people with disabilities attending higher education (http://www.lwl.org/spur-download/bag/hochschulempfehlungen2012.pdf) and on the Homepage of the German National Association for Student Affairs (https://www.studentenwerke.de/de/content/hochschulhilfen-leistungen-der-eingliederungshilfe).

After studying: As soon as residence is extended on completing studies for the purpose of seeking employment, exception from the Principle of Equal Treatment for jobseekers (Article 24 Paragraph 2 RL 2004/38/EG, § 23 Subparagraph 3 Sentence 1 No. 2 SGB XII) results in their being excluded from inclusion assistance. This regulation expires as of the 1.1.2020. As soon as EU citizens have at least taken up minor employment (at least approx. five hours a week) while seeking a job, they are once again eligible for benefits as employees. Students from EU Member States (as well as the EEA and Switzerland) that are at the same time members of the European Convention on Social and Medical Assistance (ECSMA)² are not subject to the exclusion clause for jobseekers. For Austrian students, this also applies on the basis of the bilateral German-Austrian Convention on Social and Medical Assistance.

4. Benefits supporting integration into employment

A further, as yet rarely practised option is **benefits supporting participation in professional life**, such as technical and person-to-person communication means, writing means, assistance, etc. that are provided by the Federal Employment Agency. Such benefits are only awarded if the degree concerned can actually be obtained given the respective disability and subsequently can and is to be made use of on the labour market in Germany or in another EU country.

Note: Benefits for integration into employment are provided <u>independently of an individual's</u> residential status.

The employment agencies are always obliged to accept applications for benefits of integration into employment and to either forward them within two weeks or themselves take a decision on whether the respective need has arisen (§ 14 SGB IX). The independent advice centres (https://teilhabe-beratung.de/), will also provide support in filing the application.

-

² The signatory states are Belgium, Germany, Denmark, France, Greece, Ireland, Italy, Luxemburg, Malta, the Netherlands, Norway, Portugal, Sweden, Spain, Turkey and the United Kingdom. Austria and Finland have not joined the ECSMA, and neither have Romania and Bulgaria. Through the Approval Law of the 15.5.1956 (BGBl. II p. 563) the ECSMA was transformed and became internal law (also cf. BVerwGE 71, 139).

When a degree has been obtained, benefits of integration into employment (expenses for job applications, translation of documents, training measures, practicals, inclusion subsidies, for individuals with disabilities and severe disabilities) can be claimed from the Federal Employment Agency (at its discretion) to the same extent as for Germans. Entitlement to such benefits is governed by Article 5 of the Employee Directive (EU) 492/2011.

Benefits for maintenance

Are benefits provided to secure maintenance for students with disabilities from the EU, the EEA and Switzerland?

Students from EU Member States entering Germany for the purpose of studying have to cover maintenance with their own means (§ 4 Freedom of Movement Law/EU). This also applies for students with disabilities. However, there are exceptions from this principle for EU citizens, especially if they or their parents are working in Germany or have done so. The details will be discussed under the following questions.

When can I claim benefits in accordance with the German Federal Training Assistance Act (BAföG)?

Provided that other BAföG Law requirements (parental income allowance, first degree studies or changing a degree programme up to the 3rd semester, age, etc.) are met, students can claim benefits if

- they themselves are employees. Employment need not be subject to social insurance contributions, and approx. five hours a week is sufficient.
- they are former employees who were employed in a field related to their studies before they started studying. This regulation has to be extended to individuals who had to give up gainful employment involuntarily. Here, persons have to be considered in particular who had to give up their previous occupation owing to a disability and are gaining suitable career alternative via studying. It might be necessary to seek legal assistance to assert such a claim.
- they are family relatives (spouses, life companions, children up to their 21st birthday) of gainfully employed persons, former gainfully employed persons or individuals with a permanent residence status who are living in Germany. The right of residence also remains if the principal persons entitled move away or are deceased. Students who are above 21 years of age and no longer receive maintenance payments from the parent who is the principal person entitled retain eligibility for benefits.
- they have a permanent right of residence (as a rule after five years of residence).

In which situations am I entitled to "Jobcenter" services?

Students in general, including German students, are largely excluded from the range of services and benefits provided by "Jobcenters". Basically, however, in accordance with SGB II, they are entitled to:

 supplementary benefits owing to additional expenses because of a health condition for food (§ 21 Subparagraph 5 SGB II) or because of an undeniable, ongoing additional need (§ 21 Subparagraph 6 SGB II), such as household help expenses, expenses for indispensable, continuously required drugs that are not covered by the SHI, or travel expenses to therapeutic treatment financed by the SHI.

- BAföG top-up benefits in the parents' household (§ 7 Subparagraph 6 No. 2a SGB II)
- maintenance benefits during a semester on leave of absence owing to illness
- benefits in hardship cases in accordance with § 27 Subparagraph 3 SGB II, if a disability has resulted in delays in the progression of the individual course of education leading to the age limit of 30 years stipulated in the BAFöG being exceeded and people with a disability are reliant on a qualified professional degree in a special manner because this is the only way for them to make appropriate use of their skills in gainful employment.
- Note: As <u>students</u>, while <u>preparing to study</u> and while <u>seeking employment having graduated</u>, EU citizens are obliged to cover their living costs with their own means (§ 4 Freedom of Movement Law/EU).
- Note: As a rule, EU citizens who are studying do not qualify for benefits in accordance with SGB II during part-time studies, covering housing costs in their parents' household, for additional requirements owing to disabilities or on account of hardship (exclusion of benefits in accordance with § 7 Subparagraph 1 Sentence 2 No. 2 Letter a SGB II).

 Only EU citizens qualifying for BAföG (see corresponding question) are also entitled to the supplementary benefits in accordance with SGB II and in times of preparing to study as well as, while studies are interrupted through a semester on leave of absence, to full benefits covering maintenance in accordance with SGB II.

After studying: On graduating or having given up studying, EU citizens can claim neither "Jobcenter" (§ 7 Subparagraph 1 Sentence 2 No. 2 Letter a) or b) SGB II) nor social welfare (§ 23 Subparagraph 3 SGB XII) benefits since they are either staying in Germany to seek employment or have no right of residence. They are referred to temporary benefits. But as soon as they are employed (from approx. five hours a week on), as employees, they are once again entitled to all benefits.

If EU citizens neither are gainfully employed nor have secured maintenance, the immigration office can issue a notification during the first five years of their stay stating that freedom of movement no longer applies (§ 5 Subparagraph 4 Freedom of Movement Law/EU). Then EU citizens are also obliged to leave the country and therefore qualify for claiming benefits in accordance with § 1 Subparagraph 1 No. 5 AsylbLG.

Can I claim housing benefits?

EU citizens who are studying can claim housing benefits if their maintenance (equalling the BAföG rate) is otherwise secured. This does not apply to BAföG recipients since their housing expenses are included in the BAföG rate.

Can I obtain maintenance benefits via mandatory health insurance?

No, students do not receive sickness benefits.

Are maintenance benefits provided on the basis of mandatory accident insurance or in accordance with the law on victim compensation?

If students have an accident while studying, they can claim injury benefits from mandatory **health insurance**. Such payments are oriented on what was actually earned before the accident. Students may only receive them if they have pursued gainful employment and have lost their employment through the accident. In the case of lasting physical harm resulting in a 20 % or more reduced ability to work, an injury pension is paid.

If students suffer injury to life and limb through violent crime, as disabled persons, they are entitled to sick pay from the pension office in accordance with the **Law on Victim Compensation** (OEG) for the period they are unable to work. Such pay is only granted if there is a genuine loss of income and if certain personal conditions are fulfilled, in particular those regarding the right of residence. Long-term effects of harm sustained are compensated for through payment of a disability pension. It comprises a basic pension from a degree of impacts from injury of 30 on and an adjustment pension to compensate for loss of income from a degree of impacts from injury from 50 on. Basic pension is paid independently of income and is available to international students without a waiting period. Adjustment pension is means-tested and is therefore paid only after a three-year period of residence. Basic pension is not subtracted from allowances in accordance with BAföG, SGB II, SGB XII and AsylbLG.

Can I claim disability benefits for the blind?

EU citizens are entitled to disability benefits for the blind both in accordance with the State laws and, as a supplement, as aid for the blind in accordance with SGB XII.

Do I qualify for maintenance benefits if I run into unexpected, severe hardship?

Students and citizens seeking employment from countries in the EU and the EEA and from Switzerland who are unable to cover maintenance are generally obliged to leave Germany. This also applies if a lack of means has developed through no fault of one's own, for example because an accident or serious illness has resulted in temporary disablement.

However, if leaving the country is not possible for health or other reasons, temporary benefits can be claimed from the social security office on de-registration (§ 23 Subparagraph 3 Sentences 3 to 5 SGB XII). They are limited to one month within a period of two years and only comprise benefits securing physical subsistence. In individual cases, the period and the volume can be extended if this is absolutely necessary. The option remains for those concerned to end their receipt of benefits by leaving the country or to take up employment totalling at least five hours a week.

However, EU citizens always retain their right of residence if a spouse or life companion enjoying freedom of movement or holding German citizenship is residing in Germany or the right of residence follows from the parents because studying was commenced before the individual reached the age of 21 years. A right of residence can also be justified on the basis of children if one of the parents is or was an employee or is paying for the child's maintenance.

➤ Recommendation: If there is a threat of financial hardship, students ought to consult the social counselling centres of the student services as early as possible to discuss possible solution strategies (see above).

Recognised severe disablement

Can I apply for a disability pass?

It is generally possible for EU citizens to have the state pension offices officially establish the degree of disablement (Ordinance on Passes for Severely Disabled Persons). This is above all of interest in the case of an existing severe disability (from the degree of disability [GdB] 50 upwards). Since those applying for this require the usual residential status for Germany, visiting students who are only residing in Germany for one semester (or for an even shorter period) are excluded from such a procedure.

Mandatory health insurance benefits and means assisting attending education measures and participating in society do not depend on establishing the degree of disablement but on impairments as certified by a physician. On entering a profession, whether after having graduated from higher education, switching to vocational training or taking up an occupation in higher education in the context of post-graduation, it is the establishment of the degree of severe disablement that counts in being eligible for tax benefits as well as for various forms of assistance aids for participating in working life. Some consequences may also arise in connection with an occupation as a student assistant or a sideline occupation during studies.

Can international students with a severe disability claim compensation for disadvantages in tax law, labour law and regarding social security benefits?

Specific compensation for the severely disabled depends solely on the details referred to in a disability pass and is tied neither to nationality nor to a specific foreigners' law status.

- <u>Labour law</u>: preferential hiring and employment, dismissal protection, extra holiday and exemption from overtime.
- <u>Tax benefits</u>: better deductibility of travel expenses for travelling to and from work for markers
 "G" and "aG".
- Benefits to find and maintain employment.
- Reduced fares on local public transport (for a token of 80 Euro a year, markers B, H, VB or EB free of charge), possibly a parking permit ("aG" and "Bl").
- <u>Ticket price or fee reductions for cultural and similar events</u>: at the discretion of the respective operator, from GdB 70 on reduced fee for the Bahncard.
- Exemption from or reduction of radio and TV licence fees: from GdB 60 on in the case of vision impairment and for hearing-impaired persons, the monthly fee is reduced to 5.83 Euro; blind and deafblind persons as well as those in need of nursing care are not charged any fees.



Deutsches Studentenwerk
Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS)
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
T (030) 29 77 27–64
studium-behinderung@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de/behinderung